

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Lieferung durch die Boten 2,50 RM. bei Vorbestellung 1 RM. monatlich. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Abbestellen und Anzeigen nehmen zu jeder Zeit entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingehender Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 75 — 89. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Sonnabend, den 29. März 1930

Verworrene Wege.

Da ist also wieder einmal der übliche Scheitern auf den da — und mit wenig Aufregung wird die Masse des deutschen Volkes die Kunde vernommen, daß das Kabinett Müller zu Grabe getragen worden ist. In den „Lehrentreden“, also den Kommentaren zum Regierungsurteil, wird man sich in den sogenannten „politisch interessierten Kreisen“ gegenseitig die Schuld dafür zuschieben, wie es kam. Das kann man um so leichter, als wirklich bisweilen an einem einzigen Tage Vorschläge angenommen, angezweifelt, kritisiert, abgelehnt, zum mindesten wieder abgeändert wurden. Die Zeitungen kommen mit der Schnelligkeit des Hin und Her gar nicht mehr mit, weil die berühmte „politisch-parlamentarische Lage“ allzu rasant — anders ausgedrückt: Seit vierzehn Tagen balancierte man im Reichstag am Rande der Krise entlang und der Beobachter wußte nie, ob nicht im nächsten Augenblick das Kabinett in diesen Abgrund stürzen würde. Stürzt es — stürzt es nicht: es war ein Spiel, wie es Griechen im „Haus“ — bloß aus anderer Veranlassung — treiben. Man sah nur die Tatsache des Schwankens hin- und herüber, aber über die Wichtigkeit der Gründe, die dafür angegeben wurden, war selten unbedingt Richtiges zu erfahren. Und dies alles, obwohl doch der Hintergrund, auf dem sich das alles abspielte, von einer „verfälschten Ernsthaftigkeit“ ist. Und im Volke hat man eine sehr deutliche Empfindung für das — um ein zurückhaltendes Wort zu wählen — Unerfreuliche auch wieder dieses Geschehens.

Man muß sich schon geistig erheblich anstrengen, um zu verstehen, wie es schließlich zum Reichstag des Kabinetts Müller kam. Nach vielwöchigen Auseinandersetzungen war man innerhalb der Regierung zu einem bestimmten Deckungsprogramm für das Defizit im Haushaltsjahr 1929 und 1930 gekommen, auch über die Steuererhöhungen des darauffolgenden Jahres und über die Art, wie das Reich sich zu den finanziellen Äußen der Arbeitslosenversicherung verhalten würde. Im Reichstag war dieses Programm genehmigt worden, nur — die eine Reichstagsfraktion war nicht mit diesem, die andere nicht mit jenem Punkte dieses Programms einverstanden. Die Versuche aber, sich innerhalb der Regierungskoalition selbst zu einem Gegenprogramm zu einigen, blieben trotz unzähliger Kompromißvorschläge erfolglos, das unbedingte Nein! mancher Parteien hatte dann schließlich Rückwirkungen auf das Verhalten der Parteivertreter im Kabinett, — und so kam es nicht einmal zu der mehrfach angeordneten „offenen Feldschlacht“ im Parlament, nämlich darum, ob die Regierung nun im Reichstag ihr Programm durchsetzen könnte. Statt dessen resignierte sie, da im letzter oder allerletzter Kompromißvorschlag über die Regelung der Arbeitslosenversicherung sowohl bei der Sozialdemokratie wie — im Kabinett — beim Reichsarbeitsminister auf entschiedenen Widerstand stieß, von dieser Seite auf die — Regierungsvorlage zurückgegriffen und damit eine politische nicht mehr haltbare Lage geschaffen wurde. Aber allem aber steht — wenigstens äußerlich! — ein: „Beinahe“. Beinahe eine Einigung im Steuererhöhungsprogramm, beinahe eine solche über die Arbeitslosenversicherung, beinahe auch über das eigentliche Deckungsprogramm für 1930, — aber eben immer nur „beinahe“.

Aber man sollte sich nicht in die vielverschlungenen und dunklen Pfade parlamentarischer Taktik verlieren; viel interessanter sind die viel einfacheren Linien der Strategie. Einen Augenblick des Sich-Erinnerns: das Zentrum verlangte, daß Young-Plan und Regelung der Finanzen — die eine beträchtliche Steuererhöhung bringen sollte — verpflichtungsgemäß und einseitig von den Parteien der Großen Koalition erledigt werden sollten. Hiergegen hat sich von Anfang an die Sozialdemokratie lauter oder leiser gestraut, sich aber doch nicht direkt ablehnend verhalten. Als weiteres Druckmittel lautete die Aussicht auf, daß bei einem Versagen der Parteien der Artikel 48 der Reichsverfassung in Funktion gesetzt würde. Der Young-Plan kam zur Verabschiedung, auch das Zentrum stimmte dafür, obwohl die von ihm gewünschte, die Koalitionsparteien bindende Einigung auf ein zum mindesten die Grundlinien festlegendes Finanzprogramm nicht erfolgt war. Auf die bekannten tiefgehenden Gegensätze zwischen Sozialdemokratie und Deutscher Volkspartei braucht nicht mehr eingegangen zu werden, die bisherige außenpolitische „Interessengemeinschaft“ — der Young-Plan — war erledigt und so scheiterten die Versuche der beiden Mittelparteien in der Koalition, das ursprüngliche Aktionsprogramm bis zum Erfolg durchzuführen. Tatsache ist, daß es vollkommen in der Luft schwebt, welche Parteien nun eigentlich die Regelung der brennend gewordenen Finanzfragen in die Hand nehmen werden. Man fürchtet sich vor — Brandblasen! Verworren, kaleidoskopartig wechselnd war die bisherige Entwicklung — und nicht viel anders ist's mit der Frage bestellt, was geschehen und wie es eigentlich nun weitergehen soll.

Fördert die Ortspresse

Die Verhandlungen Dr. Brünnings

Reichsregierung der Mitte.

Zentrumsführer Dr. Brüning beauftragt. Reichspräsident von Hindenburg hat den Wunsch, die durch die Demission des Kabinetts Müller entstandene Regierungskrise so schnell wie möglich zu beenden. Der Reichspräsident empfing am Freitag den Reichstagsabgeordneten Dr. Brüning und erteilte ihm den Auftrag zur Neubildung der Reichsregierung; hierbei brachte der Reichspräsident zum Ausdruck, daß es ihm angesichts der Schwierigkeiten der parlamentarischen Lage als nicht zweckmäßig erscheine, die künftige Reichsregierung auf einer koalitionsmäßigen Bindung aufzubauen. Dr. Brüning hat den ihm in dieser Form erteilten Auftrag angenommen. Außerdem empfing der Reichspräsident den Reichstagspräsidenten Löbe zu einer Besprechung der durch den Gesamteintritt der Reichsregierung entstandenen politischen Lage.

Dr. Brüning hat sofort nach der Beauftragung durch den Reichspräsidenten die nötigen Schritte zur Regierungsbildung unternommen. Er hatte mit zahlreichen Abgeordneten längere Besprechungen. Sein Ziel scheint zu sein, ein Kabinett der Mitte zusammenzubringen. Besondere Aufmerksamkeit erregte es, daß Dr. Brüning sich mit dem Führer des Reichslandbundes, Dr. Schiele, der der deutschnationalen Reichstagsfraktion angehört, sowie mit dem Abgeordneten Trebitz, der eine führende Rolle in der Volkstonservativen Vereinigung spielt, in Verbindung setzte. Wie es heißt, sollen beide Abgeordnete für einen Ministerposten gewonnen werden. Dr. Schiele soll das Reichsernährungsministerium erhalten, das er schon einmal längere Zeit geleitet hat. Selbstverständlich werden auch noch andere Namen für die kommenden neuen Minister genannt; es ist indessen müßig, sie hier alle zu verzeichnen. Dr. Brüning ist entschlossen, sein Kabinett so schnell wie möglich zusammenzubringen, so daß die Öffentlichkeit bald Gelegenheit haben wird, die neue Reichsregierung in Augenschein zu nehmen. Wie es heißt, soll der Reichspräsident Dr. Brüning weitgehende Vollmachten in Aussicht gestellt haben, falls sich ihm bei der Durchführung seines Programms größere Schwierigkeiten in den Weg stellen sollten.

Der neue Reichsfinanzminister.

Der vom Reichspräsidenten mit der Kabinettsbildung beauftragte Führer der Zentrumsfraktion des Reichstages, Dr. Heinrich Brüning, ist am 26. November 1885 in Münster (Westfalen) geboren. Er besuchte die Universitäten München, Straßburg und Bonn, wo er Geschichte, Philosophie und Staatswissenschaften studierte. Im Jahre 1911 machte er das Staatsexamen für das höhere Lehramt, 1915 das Dokortorexamen. In den Jahren 1911/13 unternahm er Studienreisen in England und in Frankreich. Am Krieges nahm er von 1915 bis 1918 teil. Dr. Brüning ist Inhaber des Eisernen Kreuzes I. und 2. Klasse. 1919 trat er als Referent in das preussische Wohlfahrtsministerium ein. Seit 1921 ist er Geschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbundes. In den Reichstag wurde er 1924 als Vertreter des 7. Wahlkreises (Dresden) gewählt. Dr. Brüning gilt in Reichstagskreisen als ein kluger Kopf, der es versteht, in ruhiger, vornehmer Art den Weg auch in schwierigsten Situationen zu weisen. Daß ihn auch seine Fraktion besonders schätzt, erweist man am besten daraus, daß sie ihn, der noch ein junges Mitglied in ihren Reihen ist, mit der Führung der Fraktionsgeschäfte betraute.



Abg. Schiele Abg. Trebitz

Noch alles in Fluß

Berlin, 28. März. Dr. Brüning setzte am Freitag abend seine Verhandlungen über die Bildung der neuen Regierung fort. Die Besprechungen haben ihren Abschluß gefunden mit einer lan-

gen Unterredung, die Dr. Brüning mit dem deutschnationalen Abgeordneten Schiele kurz nach 20 Uhr hatte. Schiele hat die Uebernahme des Reichsernährungsministeriums angenommen unter der Voraussetzung, daß ihm die Möglichkeit zu sachlicher Arbeit gegeben wird. Er könne allerdings nur in einem Kabinett arbeiten, das die Bedeutung des deutschen Ostens in vollem Umfange erkenne und anerkenne. Wie die Telegraphenunion weiter erfährt, ist dem Volksparteilichen Parteiführer Scholz von Brüning die Vizekanzlerschaft angeboten worden. Scholz hat, wie verlautet, zugestimmt unter der Bedingung, daß sowohl Curtius als auch Moldenhauer im Kabinett verbleiben. In diesem Zusammenhang ist für Sonnabend vormittag eine Besprechung Brünnings mit den beiden bisherigen volksparteilichen Ministern vorgeesehen. Für den Fall, daß der Abg. Schiele das Ernährungsministerium erhält, ist dem Abgeordneten der Wirtschaftspartei, Bredt, das Justizministerium zugesagt worden. Der bisherige Reichsverkehrsminister Stegerwald soll das ihm angebotene Arbeitsministerium abgelehnt haben.

Die Entscheidung auf Sonnabend vertagt

Berlin, 28. März. Zu der auf Sonnabend vertagten Entscheidung der Kabinettsbildung wird noch bekannt, daß Landbundsleiter Schiele neben den bereits gemeldeten Forderungen für seinen Eintritt in die Regierung eine Reihe von Bedingungen gestellt hat, die nicht nur auf dem Gebiete der Landwirtschaftsblisse liegen, sondern auch, wie man annimmt, das Polenabkommen, den deutsch-polnischen Handelsvertrag, kurz die Politik des Reichsaussenministers Dr. Curtius gegenüber Polen betreffen. Alle diese Dinge sollen in der Besprechung, die Brüning für Sonnabend mit Schiele und Curtius anberaumt hat, behandelt werden. Die bedingungsweise Annahme des Ernährungsministeriums durch den deutschnationalen Abgeordneten und Landbundsleiter Schiele ist, wie aus deutschnationalen Kreisen verlautet, ein Schritt, der die deutschnationalen Fraktion nicht bindet. Die Fraktion hat am Freitag abend zu der Angelegenheit noch nicht Stellung genommen. Auch für die anderen Ministerien steht die endgültige Besetzung noch nicht fest. Es scheint, daß die Minister Dr. Wirth, Groener und Schöhl auch im neuen Kabinett verbleiben. Für das Innenministerium wird neuerdings der bisherige Ernährungsminister Dietrich genannt. Uebrigens soll der bisherige Verkehrsminister Stegerwald das Arbeitsministerium entgegen den bisherigen Meldungen noch nicht endgültig abgelehnt, sondern sich seine Entscheidung bis zur endgültigen Zusammenfassung des Kabinetts vorbehalten haben. Für das Wirtschaftsministerium wird der volksparteiliche Abgeordnete v. Roumer genannt. Falls Dr. Curtius auch im neuen Kabinett Außenminister bleiben sollte, würde das Verkehrsministerium voraussichtlich der christlich-nationalen Arbeitsgemeinschaft zufallen.

Das Kabinett Müller.

Seit dem 9. November 1918 hat das republikanisch gewordene Deutschland 19 Regierungen gesehen und davon hat das jetzt zurückgetretene Kabinett Müller-Franke das am längsten im Amt halten können. Während das erste Kabinett der „Großen Koalition“ 1923 schon nach zwei Monaten auseinanderbrach, hat das zweite dieser Art etwa 21 Monate, also fast zwei Jahre über eine wenn auch bisweilen recht unruhige Mehrheit von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie verfügen dürfen. Allerdings auch unter manchem Personalwechsel auf den Ministerposten, unter manchen Umbildungen, wobei der offizielle Jurist des Zentrums schließlich drei Minister dieser Partei — teilweise auf Kosten der Demokraten — in das Kabinett hineinbrachte. Einen Wechsel erzwangen auch der Tod Dr. Stresemanns und der Rücktritt Dr. Hülserdings, die durch Dr. Curtius bzw. Dr. Moldenhauer ersetzt wurden. Am 27. März 1930, dem Tage der Demission, bestand die Regierung Müller aus vier Sozialdemokraten, zwei Volksparteilern, ebensoviel Demokraten und vier Mitgliedern des Zentrums bzw. der Bayerischen Volkspartei.

Die Ergebnisse der Reichstagswahlen 1928 hatten die Schaffung der Großen Koalition ermöglicht, aber es dauerte viele Monate, ehe sich die hierfür in Frage kommenden Parteien auch offiziell dazu bekannnten. Die latenten parteipolitischen Gegensätze stiegen immer wieder durch, waren durch die parlamentarischen Verhältnisse in Preußen wesentlich beeinflusst und dadurch mußte die innenpolitische Betätigung des Kabinetts stets und häufig unter größter Zurückhaltung und Schonung „berechtigter Eigentümlichkeiten“ der hier zusammengefaßten Parteien erfolgen. Mehr oder minder deutliche Krisen von bisweilen monatelanger Dauer waren die häufigste Folge, — das eigentliche Band, das hier wirklich die oft Auseinanderstrebenden bis zur letzten Stunde zusammenhielt, war die gemeinsame außenpolitische Linie. Vom Auftreten des Reichsfinanzministers im September 1928 in Genf bis zur Annahme des Young-Plans führte diese Linie und zwischen diesen beiden Punkten liegt die eigentliche Bedeutung des Kabinetts Müller.

Innen-, wirtschafts-, sozialpolitisch sind Entscheidungen von schwerwiegendem Einfluß und Folgen schwere nicht erfolgt, — was von weiten Kreisen eben als die eigentliche Schwäche des Kabinetts Müller betrachtet wird. Es ist dabei oft nach härterer, energischerer Führung gerufen worden und sicherlich nicht ganz mit Unrecht. Aber andererseits ist Deutschland ja nicht nur außen-, sondern auch wirtschafts- und sozialpolitisch durch stärkste Rücksichten auf das Ausland gerettet. Und wird es bis auf weiteres bleiben.